

Vorwurf: Behörden ignorieren Besorgnis

GNZ gnz.de/artikelansicht01/noticias/474251/region+brachttal/vorwurf-behorden-ignorieren-besorgnis

Brachttal

11.12.2016



Ortsbeirat berät über Verkehrsgefährdungen in Neuenschmidten

Brachttal-Neuenschmidten (dl). Die Anwohner in Neuenschmidten wollen sich nicht weiter von den Behörden beschwichtigen lassen. Die Verkehrsgefährdungen in der Mittelstraße seien zu offensichtlich, um alles „beim Alten“ zu lassen. Bisher sehen die Behörden laut Erstem Beigeordneten Roland Tzschietzschker allerdings keine Notwendigkeit für Sicherungsmaßnahmen. Ortsvorsteher Bernd Henkel hatte in den Feuerwehrstützpunkt Neuenschmidten eingeladen, um über kritische Verkehrssituationen zu beraten und unter anderem über die geplante Sanierung der Mehrzweckhalle zu informieren.

Für die Anwohner liegen die Verkehrsgefährdungen in der Mittelstraße, insbesondere für die Kinder, auf der Hand. Mindestens einmal am Tag müssen die Schulkinder die Straße zur Bushaltestelle überqueren. Auch wenn sie zum Spielplatz wollen, müssen die meisten Kinder Neuenschmidten erst über die Straße. Der Parkplatz für Besucher von Veranstaltungen oder der Pizzeria liegt auf der gegenüberliegenden Seite der Straße, sodass auch diese mehrfach die Straßenseite wechseln müssen. Wie Anwohner bestätigten, wird trotz der teilweise unübersichtlichen Straßenführung viel zu schnell gefahren. Seitens der anwesenden Bürger wurde erneut die Forderung nach der Einrichtung einer Tempo-30-Zone oder zumindest eines Zebrastreifens gestellt. Da es sich bei der Mittelstraße um eine Kreisstraße handelt, müssen für diese alle Maßnahmen behördlich genehmigt und veranlasst werden. Eine Verkehrsschau der zuständigen Behörden wird von den Anwohnern nur dann für sinnvoll gehalten, wenn sie zu Stoßzeiten stattfindet, und nicht, wie beobachtet, zu verkehrsarmen Zeiten. Der anwesende Gemeindevertreter Wolfram Zimmer empfahl, bevor weitere Schritte unternommen werden, erst einmal Fakten zu sammeln, wie sie sich zum Beispiel aus einer Verkehrszählung ergeben. Ortsvorsteher und Gemeindevorstand sollen in diesem Sinne tätig werden.

Mehr dazu lesen Sie in der GNZ vom 12. Dezember.